



TWT Gazette

Februar 2022
Ausgabe 2

Index

1 Einmarsch mit Ansage
Invasion Announced

About/Über

TWT

- Trans World Technologies - is a commercial network with contacts and project experience in many countries around the globe. Besides consulting, project development and foreign marketing support TWT is observing, analyzing commenting and advising current economical, technological and political topics & trends.

Technology related Consulting, Strategic Communication (StratCom), Systems, Trade and Investment is typical TWT Business.

International & Intercultural.

TWT: Teaming Partner, Outsourcing Services & General Contracting Solutions

Independent, Globally Local & Universal

With special interest and expertise concerning

- Energy, Environment & Life Sciences
- Infrastructure & Construction
- Mobility, Aviation & Space
- National Security
- Research, Development und Production

TWT International c/o
TWT GmbH Trans World Technologies
www.twt-international.com
contact@twt-international.com

Einmarsch mit Ansage

Russlands Militärintervention in der Ukraine ist die Quittung für eine jahrzehntelang verfehlte Sicherheits- und Außenpolitik des Westens. Trotz logischer Konsequenz und Titulierung als Militäraktion bleibt sie historisch ein Angriffskrieg und damit eine verwerfliche Aggression

Der Krieg in der Ukraine und die dadurch miese Lage bedingen für bessere Entscheidungen ausführliche Betrachtungen und Erklärungen anstelle der Verkürzung hauptsächlich nur auf Schlagzeilen oder kurze Tweets.

Auch wenn Reflexe zum Überleben dazu gehören, gilt es in der Krise einen kühlen Kopf zu bewahren. Es geht nicht um Biden- oder Putin Freunde. Russland, die Ukraine und die USA zu verstehen ist wichtig (die NATO und die EU spielen kaum eine eigene Rolle).

Die wenigsten Menschen scheinen sich allerdings in der aktuellen Situation auf die übergeordnet wichtigste Frage zu konzentrieren: Wie ist der Krieg möglichst schnell wieder zu beenden? Dabei wäre die Lösung für einen sofortigen Waffenstillstand intensiver, zielorientierter Dialog und damit wahrscheinlich sehr einfach.

Aber im Gegenteil: Idiotie und kontraproduktive Ideen drängen sich in den Vordergrund. Unvorstellbar in der Situation: Der US-Präsident verweigert konsequent das direkte Gespräch mit dem Präsidenten Russlands. Verantwortliche Amtsträger, Politiker, Berichterstatter und Kommentatoren verwenden dieser Tage ganz oft eher kriegstreibende und einfältig-emotionale Begriffe wie „Wut, Nicht-Gefallen lassen, Heldentum, Waffen liefern, Zurückschlagen, Eingreifen, mehr Sanktionen, ins Risiko gehen, auf großen Konflikt einstimmen, die Welt verändern, Durchhalten“ etc.. Sie erheben Anschuldigungen und Forderungen, die dem Frieden sicher

nicht dienen, sondern eher Durchhalte- bzw. anderen Parolen ähneln. Auf allen Seiten scheinen die Heuchler Hochkonjunktur zu haben. Das betrifft auch die Frage von Waffenlieferungen zur Kriegsführung. Die im Vergleich zu vielen anderen zurückhaltenden und leisen Töne der deutschen Regierung sind richtig und lobenswert. Deutschland hat gegenüber allen ehemaligen Sowjetrepubliken aufgrund des 2. Weltkriegs gleichermaßen Verantwortung, der wir gerecht werden müssen! Das sollte überhaupt auch die einseitige Parteinahme ausschließen. Alles andere beschädigt die notwendige mögliche Vermittlerrolle die Deutschland zuerst suchen sollte.

Das gesetzliche Verbot von Waffenlieferungen in Krisen- und Spannungsgebiete und die übergeordnete Ratio sollen auf einmal nicht mehr gültig sein?

Zum Blick nach vorn auf eine wieder bessere Zukunft helfen parolenartige Anwürfe egal welcher Partei nichts. Per se sind sie eher kriegstreibend. Nicht die Frage nach dem Negativen, sondern dem „Was können wir alle besser machen?“ sollte bei allen Parteien bzw. jedem Einzelnen von uns im Vordergrund stehen!

Dazu gehört auch die Abkehr von medial propagandistischer Polemik hin zu mehr Sachlichkeit. Betitelt man z.B. Herrn Biden korrekt als „Präsidenten der USA“ dann sollte man den gewählten obersten Repräsentanten Russlands ebenso sachlich als „Präsidenten Russlands“ bezeichnen. Überhaupt, die verbalen Attacken - häufig durch die Medien - erinnern an dumme Kriegseuphorien und Propaganda zur Kriegstreiberei vor und während des 1. bzw. 2. Weltkriegs. Wollen wir jetzt tatsächlich den 3. Weltkrieg? Haben wir bzw. unsere Amtsträger denn überhaupt nichts gelernt. Sind die Lehren der Kriegsteilnehmer und Kriegesopfer vergessen? Möglich, dass uns die Gesamtheit der militärischen Interventionen und Kriege der letzten Jahrzehnte schon soweit abgestumpft

haben, dass wir schon gar nicht mehr erkennen, was gerade wieder bei uns in Europa passiert.

Ich weigere mich zu glauben, dass Krieg, egal wo, eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat. Krieg hat immer seine eigene Dynamik und einmal entfesselt ist entgegen Wunschdenken unkontrollierbar! Er schert sich erst einmal nicht um irgendwelche Mehrheiten, sondern zerstört unwiederbringlich in alle Richtungen.

Parteinahme ist generell in Ordnung, stupides Lagerdenken dagegen immer dumm! Unhöflichkeiten und Beleidigungen sind kontraproduktiv für konstruktive Politik und erschweren nur unnötig jedes auch noch so berechtigte Anliegen.

Russland, die Ukraine sowie die USA, die NATO, die EU etc. sind alle gleichsam gefordert das Problem zu lösen, und nicht das Problem weiter zu befördern. Deutschland hat besondere historische Verantwortung Frieden zu stiften anstatt Konflikte z.B. über Sanktionen oder Waffenlieferungen zu schüren!

Wir scheinen lernunfähig und viele von uns begreifen ganz offensichtlich immer noch nicht, dass die von den USA geführte sog. westliche Sicherheits- und Außenpolitik gegenüber Russland insbesondere die europäischen NATO und EU-Staaten in eine selbstgewählte Sackgasse geführt haben, in der wir jetzt wie in einer Falle sitzen.

Viele Menschen erscheinen apolitisch ohne Verständnis für Geschichte und Zusammenhänge! Einseitige Berichterstattung nehmen sie anscheinend ohne Nachfrage für bare Münze. Dass in vielen Nachrichten bzw. Diskussionen Frosch- anstelle von Vogelperspektive geboten wird und man sich im Klein-Klein verliert, scheint allgemein akzeptierter Trend.

Was jetzt aktuell und allgemein der große Wurf sein könnte bzw. müsste, daran scheint gar kein Interesse zu bestehen.

Das alles kommt mir in den Sinn, wenn ich gerade Nachrichten, aktuelle Kommentare, Sonntagsreden,

Nebelkerzen und jede Menge Wahnsinn sehe.

Hilfreich in der Situation sind alleine die nüchterne Analyse und Erkenntnis („Lessons Learned“), was zum Krieg geführt hat, was Frieden herstellen und was ihn wieder - diesmal nachhaltig - sichern kann. Dazu ist sofortiger Dialog ohne viel Beschäftigung mit zunächst einmal untergeordneten Fragen notwendig. Allerdings muss auch zum Thema werden, inwieweit die Völker noch einfach weiter so auf diejenigen ihrer Amtsträger vertrauen sollten, welche uns in die Sackgasse manövriert haben und so die Krise erst richtig befördert und zur Falle gemacht haben. Die Situation zeigt es geht nicht alleine nur um die Ukraine, sondern um politische Entwicklung allgemein. Um die bedauernswerte Ukraine geht es nur vordergründig.

Über Jahrzehnte haben die USA, die NATO und die EU Mitgliedstaaten, leider inklusive Deutschland, alle mit einem hohen Maß an Arroganz und Selbstüberschätzung, die Russische Föderation politisch ignoriert, sanktioniert, isoliert, international als feindliche Nation vorgeführt und damit in vitalen Interessen beschnitten.

Derartiges Verhalten gegenüber dem größten Land der Erde und einer der größten Atommächte ist mehr als nur unklug. Es ist aggressiv, falsch und hat wenigstens grob fahrlässig mit zu dem Krieg beigetragen. Zwischen Staaten sollte immer auf Augenhöhe geachtet werden was gegenüber Russland nicht gemacht wird. Das ist offensichtlich falsche Politik.

In der Konsequenz wird die Ukraine jetzt von Russland als Opfer vergewaltigt. Sie ist aber auch Opfer westlicher Interessen, eigenen Tuns und Hoffnungen, die der Westen (teilweise zu recht) nicht erfüllt hat.

Die Ukraine war lange ein Land mit großem, souveränem Potential denn die Ukraine ist groß und natürlich reich mit einer gebildeten Bevölkerung. Sie hat jedoch versagt Korruption und damit einhergehend der Oligarchie Paroli zu bieten. Egal welche Proteste und Demonstrationen es gab. Den notwendigen gesellschaftlichen Umsturz hat die Bevölkerung nicht geschafft. So ist die Ukraine zum „Failed State“ und

zur Beute verkommen, die sich nicht selbst zu helfen weiß und der niemand uneigennützig zu helfen bereit war. Anstatt die notwendige Ruhe zur eigenen Weiterentwicklung zu haben, ist die Ukraine durch den vollkommen unnötigen neuen Ost-West Konflikt jetzt der Spaltung bzw. Zerstörung ausgesetzt.

Positiv denkend muss eine Spaltung gar nicht unbedingt nur negativ sein, sondern kann klärend auch mit viel Glück für alle Teile eine „Phoenix aus der Asche“ Zukunft begründen.

Dazu müsste aber schnell, entschlossen und außerhalb der festen Denkstrukturen von den „Hauptklägern“ möglichst unter Ausschluss der üblichen „Klakeur-Entourage“ positiv agiert werden.

Wenn es den USA tatsächlich um Frieden geht hat es Herr Biden persönlich in der Hand der Regierung der Russischen Föderation ein konstruktives Angebot zu machen, anstatt weiter auf taktische Gesprächsverweigerung zu setzen. Die beflügelt nämlich die Kriegshandlungen Moskaus erst so richtig und ist dem unsäglichen Einfluss der konfrontativen „NeoCon“-Arschlöcher (pardon my french) auf die Regierung der USA geschuldet.

Vieles ist grundsätzlich denkbar. Am besten wäre eine neutrale Eigenständigkeit, die jetzt jedoch, im Gegensatz zu noch vor wenigen Wochen, realistisch kaum noch erreichbar sein dürfte. Aufspaltung wäre eine weitere pragmatische Variante. Wahrscheinlich ist eine lange Zukunft insgesamt als russische Vasallenrepublik und Puffer der Russischen Föderation zur NATO. Alternativ wahrscheinlich ist auch eine schlechte Zukunft z.B. als quasi endloses Ost-West Schlachtfeld mit Terror à la Afghanistan, Irak etc..

Eindeutig: Der Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine ist und bleibt zweifelsfrei Aggression. Er sollte aber nicht stupide undifferenziert beurteilt werden denn er folgt einer bestimmten Logik, die der Welt lange kommuniziert und uns im Westen bekannt war. Nur haben wir Russland nicht ernst genommen bzw. ignoriert.

Er basiert auf dem Narrativ der Gültigkeit von militärischer

Intervention. Nichts wirklich Neues in der Menschheitsgeschichte jedoch eine Rechtfertigung, welche die letzten Jahrzehnte vor allem von uns in den USA, der NATO und den EU Mitgliedstaaten nicht nur mit dem Schlagwort „Übernahme von internationaler Verantwortung“ immer wieder regelrecht bestätigt und gefeiert, sondern als gültige Doktrin der Welt und gerade auch Russland präsentiert sowie vorgelebt wurde.

Wenig verwunderlich also, wenn Russland die westliche „Erfolgsstory“ jetzt als Anspruch in Kopie ähnlich verwendet. Kriegsführung ohne Kriegserklärung. Militär zum humanitären oder den Frieden sichernden quasi Polizeieinsatz und ähnliche klingende Beschreibungen können die wahre Natur von Militäreinsätzen nicht kaschieren.

Militäreinsatz ist legitim nur zur echten Verteidigung. Nicht dann, wenn Verteidigung begrifflich pervertiert nur zur Rechtfertigung anderer Motive und Ziele missbraucht wird. Vorwärtsbewegungen mögen rein militärstrategisch vielleicht erforderlich sein, taktisch sind sie aber offensiv und damit immer in Frage zu stellen.

Entsprechend ist der Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine heute aktuell zu be- und zu verurteilen.

Eine andere Bewertung wird es historisch nur dann geben, wenn Russland als Sieger aus der Aktion hervorgeht. Denn es gilt nicht „Es gibt nur eine Wahrheit“, sondern „Die Sieger und nicht die Verlierer schreiben die Geschichtsbücher“.

Warum ist die russische Aggression nicht nur Initiative, sondern auch Quittung für andere Initiativen? Ganz einfach: Hätte die Diplomatie nicht versagt, sondern einen guten Job gemacht, dann gäbe es keinen Krieg! Diplomatie ist reziprok. Erfolg und Versagen ist den Parteien gleichermaßen zuzuschreiben. Diplomatie erfordert jedoch Gesprächsangebote und Dialog. Verweigern sich Parteien dem Dialog, dann kommt es im besten Fall zu Isolation und im schlechtesten Fall eben zu Gewalt wie z.B. Krieg. Den Dialogverweigerer trifft besondere Verantwortung für das Scheitern von Diplomatie auch unabhängig davon, ob

ein anderer den Krieg beginnt. Der Dialogverweigerer muss sich Fall nämlich den Vorwurf gefallen lassen seinerseits nicht alles Mögliche getan zu haben um den Krieg zu verhindern. Deshalb ist es sehr verwunderlich, dass die USA als Führung der westlichen Parteien die wiederholten Aufforderungen Russlands zu Gipfeltreffen zwischen Präsident Biden und Präsident Putin ebenso wiederholt abgesagt bzw. durch unnötige „NeoCon“-Vorbedingungen torpediert haben.

Entweder wurde Diplomatie damit vom Westen hier unprofessionell betrieben oder aber anscheinend ganz bewusst gegen die sprichwörtliche Wand gefahren. Beides ist prinzipiell unakzeptabel und deckt sich kaum mit den Ansprüchen der Menschen an gute Regierung. Sollte Letzteres der Fall gewesen sein - was nahe liegt wenn man die „NeoCon“-Prägung der US Außenpolitik in Betracht zieht - dann könnte dies nach US Recht möglicherweise tatsächlich den Straftatbestand der Konspiration durch die Clique der, die Politik in den USA exekutiv gestaltenden, „NeoCons“ erfüllt haben. Denn gerade auch nach dem Afghanistan Debakel vor kurzem ist es fraglich, ob diese konfrontative Haltung den Interessen der Menschen in den USA tatsächlich dienen. Diese Argumentation jetzt bitte nicht gleich entsprechend der heute üblichen „Cancel Culture“ plump als Verschwörungstheorie abtun, sondern erst einmal unvoreingenommen stehen lassen, nachdenken und dann erst beurteilen!

„Cancel Culture“ prägt auch immer stärker unsere von den USA angeführte Sicherheits- und Außenpolitik, was uns auch zum weiteren Nachdenken veranlassen sollte: Inwieweit vertreten unsere Regierungspolitiker die letzten Jahrzehnte denn überhaupt noch unseren eigentlich als versöhnlich und konstruktiv gewollten Wertekodex oder inwiefern haben wir uns möglicherweise im neuen Millenium tatsächlich in eine destruktive und extreme Richtung leiten lassen?

„Cancel Culture“ ist nichts Gutes, da sie u.a. keine Objektivität zulässt. Letztere ist aber nicht nur essentiell für Diplomatie, sondern überhaupt guter Politik. Der Gegenseite trotz eigener Interessen und Positionen ernsthaft

zuzuhören und genügend Raum für deren Argumente zu lassen, ist sehr wichtig. Nur so sind richtige Analysen zur Bandbreite von kleinsten bis größten gemeinsamen Nenner und daraus gute Entscheidungen möglich.

Ideologien haben im handwerklichen Kern der Diplomatie nichts zu suchen. Sie geben Standpunkte und Ziele vor, die dann diplomatisch möglichst professionell verhandelt werden sollen. Sobald der diplomatische Prozess selbst ideologisch verseucht ist, dann konterkariert das den Grundgedanken einer kühlen und nüchternen Diplomatie mit möglichst empathischer Ausprägung. Die Fähigkeit zum Perspektivwechsel ist essentiell! Zur Verhinderung internationaler Konflikte forderte z.B. der renommierte Eugen Kogon die Abkehr von konfrontativem Freund-Feind Denken und die Fähigkeit zur Wahrnehmung gegnerischer Gefühle und Motive. Davon ist derzeit so rein gar nicht zu sehen.

Amtsträger sollten möglichst zurückhaltend mit Emotionen und vor allem professionell Tatsachen- und Zielorientiert sein. Insbesondere in Krisensituationen wie jetzt im Krieg Russlands gegen die Ukraine. Viele Amtsträger sind aber eben auch häufig Politiker, die eher eine laute Wahlkampfssprache gewohnt sind und lieber auf Emotionen anstatt auf Fakten setzen. Kühle Köpfe sieht man auch im Westen leider derzeit kaum. Gerade im Umgang mit Russland, weder jetzt in der Kriegssituation, noch davor. Die Welt braucht sie aber bei allen Parteien federführend.

Wir im Westen, der Führung der USA folgend, haben Russland, nach dem Zerfall der Sowjetunion über die letzten Jahrzehnte hinweg tatsächlich nur wenig Kooperation und Freundschaft angeboten. Auch deswegen, weil Russland sowie Russen uns in weiten Teilen fremd sind und weil sich unsere Lebenswirklichkeiten unterscheiden.

Annäherung braucht viel Zeit. Nachhaltig wird sie nur über erfolgreiche praktische Zusammenarbeit.

Eine gute westliche Russland-Strategie hat der Westen nie definiert. Wir alle haben nur bestimmte gute Gelegenheiten wahrgenommen, sodass wir gegenüber Russland in Sachen Zusammenarbeit

immer nur im Kleinen bzw. Spitzen verhaftet geblieben sind. Wir haben zu wenig in eine gemeinsame Wertegemeinschaft investiert obwohl das immer das Ziel sein muss.

Der Westen inklusive Deutschland hat Russland größtenteils be- und teilweise ausgenutzt. Wir haben den Handel, der eine wichtige Basis für Annäherung ist intensiviert, jedoch mit wenigen Ausnahmen kaum strategische bzw. echte Multiplikator-Projekte erreicht. Prominente Themen sind natürlich z.B. ISS und die Nordstream-Pipeline. Letztere mag tatsächlich gegenüber anderen Partnerländern Offset politisch erforderlich machen aber Nordstream 2 politisch und damit den Rechtsgrundsatz „pacta sunt servanda“ in Frage zu stellen war gegenüber der russischen Regierung quasi eine Ohrfeige und gegen nationale Interessen Russlands. Öl- und Gaslieferungen sind schon lange lukrative Geschäfte und die Lebensader der russischen Wirtschaft und ihrer Oligarchen bzw. Konzerne. Sie sind Grundlage des russischen Staatshaushalts sowie innenpolitischer Interessen und damit von strategischer Bedeutung in Russland. Den Ukraine Krieg heute gibt es nüchtern betrachtet hauptsächlich aufgrund der wieder verschärften Konkurrenzsituation zwischen den USA und Russland.

Rückblickend kann man wohl sagen, dass das Verhältnis der USA zu Russland nach 9/11 bis ca. 2010 trotz Afghanistan und Irak noch einigermaßen intakt war. Drastisch verschlechtert hat es sich nicht sosehr wegen sicherheits- und außenpolitischer Fragen sondern vor allem aufgrund der neuen Öl- und Gas Exportpolitik der US Regierung.

„Mit Hilfe der neuen Frackingtechnologie haben sich die USA 2011 zunehmend unabhängiger von der Öl-Politik der OPEC gemacht und angefangen sich als Exporteur von Öl und vor allem Gas zu positionieren.“

Daraus ist sehr schnell ein unfreundlicher Wettbewerb nicht nur gegenüber der OPEC sondern auch mit Russland entstanden.

Die letzte Öl-Konfrontation der USA mit Saudi Arabien wurde relativ schnell beigelegt, aber in Bezug auf Russland besteht für die USA eine strategisch ganz anders geprägte Wettbewerbssituation. Nach dem Verständnis gerade der NeoCons geht

sie weit über die Öl und Gas Wirtschaft hinaus bei denen sie lediglich Mittel zum höheren Zweck der weltpolitischen Dominanz ist.

„Als der US Kongress 2016 den Energy Policy and Conservation Act, ein Verbot, welches seit 1975 den Export von Gas und Öl aus der USA verhindert hatte, aufkündigte, wurde die US-Kehrtwende auf dem Energiemarkt besiegelt.“ In dem Arbeitspapier Nr. 24/2018 der Bundesakademie für Sicherheit hat der Autor Stefan Lukas unmissverständlich festgestellt, dass die USA wahrscheinlich noch 2018 Russland von Platz 1 der Öl und Gasexporteure ablösen würden und weiter wie folgt berichtet: „Die größte Herausforderung bestand hierbei in der Verteilerstruktur innerhalb der USA, die aufgrund politischer Entscheidungen seit den 1970er Jahren auf den Import spezialisiert gewesen war. Dies betraf nicht nur das Pipelinennetz, sondern auch die Terminals, an denen das importierte Gas und Öl in das US-Netz eingespeist wurde. Binnen der letzten acht Jahre wurde dieses Netz mitsamt Verteilerstationen umgewandelt, um das neu gewonnene Gas aus den Staaten im Landesinneren, wie Dakota oder Wyoming, zu den Umschlagplätzen an den Küsten zu befördern. Dass der Fokus der US-Regierung auch weiterhin auf dem Export liegen und dies kein nur kurz anhaltender Fracking-Boom wird, zeigen auch die Ambitionen der Regierungen unter Obama und Trump, insgesamt 13 neue LNG-Terminals an der Ost-, West- und Golfküste zu errichten. ... Das LNG-Verfahren ist in den letzten Jahren zum wichtigsten Garanten für die neue Energiepolitik der US-Regierung geworden und so spezialisieren sich selbst Marineübungen neuerdings auch auf den Schutz und die Eskorte von LNG-Tankern durch die Meere. Während die USA durch das Fracking und das LNG-Verfahren nunmehr eine neue energetische Unabhängigkeit von externen Akteuren erlangt haben und somit auch außenpolitisch noch selbstbewusster auftreten können, stellen sich zwei Probleme für die US-Regierung und die US-Unternehmen. Erstens: Wo können wir das neue gewonnene Potential absetzen? Und zweitens: Wie gehen wir mit unseren alten Produzenten, insbesondere den Golfstaaten, um? Das erste Problem wird aus US-Sicht durch den Export an alte Verbündete in Europa, Asien und andere Regionen ... gelöst. **So unterstützte bereits die Obama-Administration den Bau neuer LNG-Terminals in Europa, um US-Gas auch verstärkt auf dem sehr stark von russischem, norwegischem und arabischem Gas dominierten europäischen Markt absetzen zu können.** Unter anderen entstanden seit 2011 neue LNG-Terminals in Litauen, Polen und Finnland. Darüber

hinaus befinden sich in Kroatien und bald wohl auch in Brunsbüttel LNG-Terminals im Bau, die für den Import von US-Gas spezialisiert sein sollen. Letzterer wurde der US-Regierung erst vor kurzem von der EU-Kommission zugesagt, als Gegenleistung für den Verzicht auf weitere Zölle. **Hier wird bereits eine der Hauptschwierigkeiten der US-Strategie deutlich:** Das Gas aus den USA ist bislang zu teuer für den europäischen Markt und kann nur bedingt mit den Preisen der Konkurrenz aus Nord- und Osteuropa mithalten. Die Nachfrage nach US-Gas ist in Europa daher nicht sonderlich hoch. So sind etwa die neuen LNG-Terminals in Polen und Litauen zu kaum mehr als 50 Prozent ausgelastet, da Gas aus Russland durch das bereits bestehende Pipelinennetz deutlich günstiger ist. Auch für Deutschland war und ist der Bau eines LNG-Terminals aus Sicht der deutschen Energieunternehmen nicht notwendig, da die bereits bestehenden LNG-Kapazitäten, welche man in Rotterdam angemietet hat, nicht einmal ausgelastet sind. Ähnliches gilt für die anderen zukünftigen Abnehmerstaaten von US-Gas, etwa Japan oder Korea, welche bereits Verträge mit Russland über Gas-Lieferungen und den Bau neuer Pipelines abgeschlossen haben. Somit ist aus Abnehmersicht eher die politische Dimension des US-Gases entscheidend, da eine zunehmende Abhängigkeit von einigen wenigen marktbeherrschenden Akteuren nicht im eigenen Interesse liegen kann. Selbst die chinesische Regierung stand jüngst in Verhandlungen mit der US-Regierung, künftig auch amerikanisches Gas zu beziehen, um so die Abhängigkeit von Gas aus Sibirien zu mindern. Das zweite Problem, das die US-Regierung und insbesondere die US-Außenpolitik in Folge der neuen Unabhängigkeit lösen müssen, ist vor allem mit Blick auf die US-Verbündeten am Golf deutlich schwieriger zu handhaben. Die USA stehen vor einem Dilemma: Auf der einen Seite befinden sich in der Golfregion mit Katar, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) einige der weltweit größten Förderer von Gas und Öl, zu denen die USA nun wirtschaftlich in Konkurrenz treten. Auf der anderen Seite sind die USA der wesentliche Sicherheitsgarant dieser Staaten, die zugleich die meisten US-Waffen weltweit abnehmen. Die USA versuchen nun auf unterschiedliche Weise, dieses sich zuspitzende Dilemma zu lösen. Vom politischen Vermittler zum wirtschaftlichen Konkurrenten ... (mehr s. <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapier/e/2018/entwicklungen-in-der-us-energiepolitik-von-der-neuen-unabhaengigkeit-der-usa-und/>)“

Danach noch ernsthaft zu glauben, den USA wäre es im Streit mit Russland über die Ukraine jemals tatsächlich zuerst um das Land und die Leute bzw.

um die viel beschworenen westlichen Werte gegangen, ist mehr als kurzichtig und naiv.

US Regierungen egal welcher Couleur betreiben die USA Sicherheits- und Außenpolitik, quasi ausnahmslos, schon seit mehr als 100 Jahren, mehr oder weniger, nach dem Motto, das die Donald Trump- Kampagne einfach „America (USA) First“ betitelt hat.

Es ist natürlich legitim, wenn die USA weltweit eigene Interessen wahrnehmen. Die Frage ist nur, wie weit das gehen und legitime Interessen anderer beeinträchtigen / verletzen / zerstören darf. Die allgemeine Richtschnur dafür sollte eigentlich das sein, was Eltern ihren Kindern und der Rechtsstaat seinen Bürgern abverlangt.

Gerade die USA stehen emotional wie kein zweites Land für Recht und Gesetz im Sinne von Gerechtigkeit. Sie sind in der Realität aber bei weitem nicht so strahlend wie sie denken denn „Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten“. Es gibt nicht nur gute, sondern auch böse Sherriffs. Todesstrafe, Guantanamo, Abu Ghraib, die Sklaverei, der Ku-Klux-Klan, die Tea Party bzw. die NeoCons sind alles keine positiven Werteträger. Die Anzeige irakischer „Weapons of Mass Destruction“ im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und auch schon frühere falsche Tatsachenbehauptungen wie z.B. beim „Tonkin-Zwischenfall“ belegen die Schattenseite und die Anfälligkeit der USA, selbst auch politisch immer wieder durch schlechte Menschen verführt werden zu können.

Die Verschiebung und Neuziehung von Grenzen gibt es schon seit Menschheitsgedenken. Ihr möglichst stabiler Bestand ist jedoch wichtig, denn er bedeutet Stabilität und entscheidet tatsächlich meist über Frieden und Wohlstand. Beide gibt es immer besonders dann, wenn Grenzen im täglichen Umgang faktisch keine Rolle mehr spielen.

Eine wesentliche Grundvoraussetzung für Frieden ist, dass sich alle Parteien gegenseitig in ihren eigenen Ambitionen möglichst zurücknehmen und keinesfalls auf Maximierung zu Lasten der anderen Parteien bestehen. Wir sehen leider, dass dies in der Außenpolitik immer weniger der Fall ist und quasi eine Millenium-Krankheit zu sein scheint!

Es sind insbesondere die USA und ihre NATO Partner, die spätestens seit 9/11, definiert über eine neue Sicherheitspolitik außenpolitisch zwar auf Krawall gebürstet sind letztlich aber - siehe insbesondere Afghanistan, - mit dieser Politik wenig Gutes bzw. zu oft das Gegenteil ihrer Außenwerbung erreicht haben.

Dabei sind es eigentlich der Westen und seine Grundwerte die dem einzelnen Menschen am ehesten die verbrieften Menschenrechte zu gewährleisten bereit sind und tatsächlich auch am weitesten geben.

Die USA, die NATO und vor allem die EU sind in vielen Dingen vorbildlich. Leider werden die vielen grundsätzlich positiven Aspekte in den letzten Jahren immer mehr gerade durch eine als vermeintlich alternativlose geltende Sicherheitspolitik fehlgeleitet außenpolitisch verspielt.

Spätestens seit 9/11 scheint die Mehrheit der politisch Verantwortlichen in den USA, bei der NATO, den NATO und den EU Mitgliedstaaten fast nur noch auf „War“, militärische Interventions- und Konflikt-Szenarien aus zu sein, so als ob 9/11 für ein kollektives „Brain-Washing“ gesorgt hätte und diese zweifelsohne traumatische Erfahrung nochmals besonders belegt. Traumata benötigen professionelle Beratung und Therapie, wobei Militäreinsätze zwar emotional nachvollziehbar, aber in der bisher gesehenen Bandbreite sicher nicht das richtige Mittel waren bzw. weiter sind.

Anders, aber auch ähnlich, ist das in Russland. Die Sowjetunion hat zusammen mit den USA erfolgreich den 2. Weltkrieg und den danach zwischen ihnen bestehenden kalten Krieg in Europa beendet. Kurz danach ist sie zugrunde gegangen und zerfallen. Für viele Russen bis heute auch eine extrem traumatische Erfahrung, die genauso ordentlicher Therapie bedarf und bei der genauso gilt: Militäreinsätze zur Kriegsführung sind nicht das richtige Mittel!

Die unnötig despektierliche Bezeichnung Russlands als „Regionalmacht“ durch die Regierung von US Präsident Obama sowie die ständigen unnützen Sanktionen der

USA, NATO Mitglieder und EU Staaten etc. waren immer verfehlt, kontraproduktiv und waren / sind / werden weder Therapie noch gute Außenpolitik sein bzw. ordentliche Diplomatie gewährleisten!

Mit Ende des kalten Krieges haben Militärpolitiker und Militärs in Ost und West neue Perspektiven für sich und ihre Zukunft gesucht. Während in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes es kaum Koordination und Handlungsmöglichkeiten gab, hat die NATO sehr schnell über „Partnership for Peace“ ihre Erweiterung vor allem in Richtung russische Grenze als neues, lukratives Geschäftsmodell begriffen. Lukrativ deshalb, weil es zunächst zu Hause in den Mitgliedstaaten verkäuflich war und die Finanzierung bzw. die Erhöhung der Budgets und damit der NATO, als damals in Frage gestellte Organisation, an sich abgesichert hat. Lukrativ später, weil erfolgte Erweiterung automatisch mehr Einfluss und Arbeit sichert. Im Prinzip ein guter Ansatz, wenn er Frieden gewährleistet.

Zumindest in den Augen Russlands hat die NATO spätestens mit dem Kosovo Krieg gegen den Russland Partner Serbien ihre Unschuld verloren. Erstmals ohne Vereinte Nationen Beschluss hat die NATO damals eine USA geführte militärische Intervention durchgeführt und zuerst die „thin red line“ zur Selbstmandatierung militärischer Intervention überschritten, hoffähig und möglich gemacht.

Spätestens seit 1999 hat für Russland damit auch die NATO-Osterweiterung an Unschuld verloren. Nach dem Motto „Gleiches Recht für alle“ ist jedenfalls spätestens dann die Frage und Unzufriedenheit darüber entstanden, warum Russland nicht darf, was sich die USA, die NATO und die EU Mitgliedstaaten heraus nehmen bzw. warum berechnete Interessen Russlands nicht gehört bzw. ignoriert werden.

Die Schlussfolgerung bzw. die Antwort ist simpel: Der Westen unter Führung der USA agiert aus einem Gefühl moralisch-politischer sowie faktisch wirtschaftlich militärischer Überlegenheit heraus.

Nachdem Russland, gefühlt in Russland, immer wieder als Partner auf Augenhöhe

abgewiesen wurde, hat es ganz einfach seine frühere Politik der Offenheit zur Zusammenarbeit aufgegeben und seine Außenpolitik, mehr oder weniger kopiert an bestimmte Politikmuster des Westens, wie gegenüber Syrien, Libyen oder der Ukraine etc., angelehnt und neu offensiv ausgerichtet.

Nach einer sehr kurzen Phase der Kooperation ging es mit den USA – Russland Beziehungen spätestens seit Frau Albright als Außenministerin der USA unter Präsident Obama (möglicherweise auch durch ihre Vita begründet) ab 1997 wieder bergab.

Mit 9/11 hat sich im politischen Washington 2001 dann für echte „Falken“ die Chance aufgetan, den politischen Kurs der USA vollends an sich zu reißen. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA wird seitdem mehrheitlich - egal ob Demokraten oder Republikaner - von zumeist in wirtschaftlicher Interessengemeinschaft befindlichen, selbstgerechten Nationalisten gemacht. Ähnlich die Situation in der Duma in Russland und der Werchowna Rada in der Ukraine, die jeweils von ihren nationalistisch gesinnten Oligarchen beherrscht werden.

Wir alle erinnern uns, wie im Februar 2003 die US Falken den honorigen US Außenminister Colin Powell mit falschen Tatsachenbehauptungen in den UN Sicherheitsrat geschickt haben um die Welt über die Entscheidung zum 2. Irakkrieg zu täuschen. Zumindest aus der Sicht Russlands ein weiterer großer Sündenfall der USA, der NATO und der EU Mitgliedstaaten. Zumindest haben der damalige Bundeskanzler Schröder und sein Vize Fischer das durchschaut und Deutschland nicht nur aus der Blamage, sondern auch aus diesem falschen Krieg herausgehalten.

Dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit des Westens in Russland hat auch geschadet, dass die USA, die NATO und EU Mitgliedstaaten bei der Mehrheit ihrer Interventionen glücklos sind und letztlich häufig mehr Probleme als Lösungen geschaffen haben (s. Afghanistan, Irak, Libyen, IS etc.). Der verlorene Krieg in Afghanistan und die Eröffnung immer neuer Fronten an verschiedenen Ecken und Enden der Welt lassen die USA sowie die NATO und EU Mitgliedstaaten immer unglaubwürdiger und vor allen Dingen

in Ihrer Position geschwächt, angreifbar wirken. Tatsächlich sind sie es auch, denn kaum ein NATO bzw. EU Mitgliedsstaat möchte, so wie von US Regierungen gewollt, nur Hilfstruppe für die Interessen vor allem der USA sein, sodass das westliche Dilemma zwischenzeitlich nicht nur besteht, sondern auch sehr transparent nach außen scheint.

2001 hat der Russische Präsident im Deutschen Bundestag überzeugend für Zusammenarbeit geworben.

Diese Chance wurde vertan. Speziell auch von Bundeskanzlerin Merkel, die entgegen landläufiger Überlieferungen eher die Totengräberin guter Deutsch-Russischen Beziehungen gewesen sein dürfte. Sie und Ihre Regierungen hätten russische Sichtweisen besser übersetzen, vermitteln und mit westlichen Positionen besser ins Einvernehmen setzen müssen. Wahrscheinlich wollte und konnte sie es gar nicht.

Die Gelegenheiten zu einer von den USA differenzierten, emanzipierten und intelligenteren Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und der EU wurden nicht wahrgenommen woran sich durch die jetzige Situation sicher auch künftig nichts ändert. Zu groß erscheint der Druck der USA auch wenn diese sich gegenüber Europa schon längst als nicht mehr unbedingt verlässlich erwiesen haben. Frühere Ansätze sind zwischenzeitlich verkommen und den USA wird lieber - auch bei einem Präsidenten Trump – einfach nach dem Mund geredet. Allenfalls Frankreich mit Präsident Macron hat die letzten Jahre zumindest noch manchmal etwas echten eigenen Esprit zu einer unabhängig-kooperativen Außenpolitik gezeigt.

Der Ukraine Krieg jetzt ist eine direkte Folge der Ukraine Krise. Grundlage hierfür ist die schlechte Performance der EU in Sachen Erweiterungspolitik. Die Bundesregierung dürfte im Hintergrund die größte Verantwortung treffen, dass 2013 das erste Assoziierungsabkommen mit der Ukraine gescheitert ist. Es war handwerklich und diplomatisch seitens der EU Kommission einfach nur mehr schlecht als recht bearbeitet. Trotz der immensen Organisation der EU und Ihrer Mitgliedstaaten wurden grobe handwerkliche und diplomatische Fehler gemacht. Weder wurden die russischen

und ukrainischen Positionen, Erwartungen und Notwendigkeiten richtig bewertet noch wurden sie ernsthaft zur Kenntnis genommen, geschweige denn adressiert. Es scheint als habe man sich lediglich für die Platzierung der unsäglichen Fußball EM 2012 in der Ukraine engagiert und danach jegliche vernünftige diplomatische Wahrnehmung zu dem Spannungsfeld EU – Ukraine – Russland verloren. Statt Realpolitik zu betreiben und eine „Win-Win“ Situation zu erreichen, hat die EU von der Ukraine quasi alles haben wollen und der Ukraine und Russland nur sehr wenig bzw. einfach zu wenig Entgegenkommen angeboten. Und Deutschland? Die Bundesregierung hat sich undiplomatisch lieber auf die Oligarchin und frühere Ministerpräsidentin Julija Tymochenko fokussiert und sie, PR gestützt, zur Oppositions-Ikone stilisiert, als sich diplomatisch professionell vordringlich mit der gewählten Regierung der Ukraine auseinanderzusetzen.

Der Mangel an politischem Instinkt, möglicherweise auch aufgrund von Erweiterungsmüdigkeit der EU, hat 2013 jedenfalls einem unsäglichen Versagen Raum gegeben, das den durchaus möglichen Erfolg des Assoziierungsabkommens kläglich an die Wand gefahren hat. Es war zu der Zeit quasi öffentlich bekannt, dass Präsident Janukowytsch, ein im Donezk geborener Ukrainer mit belarussischen und russischen Wurzeln, vor allem für sich persönlich Erfolg und Reichtum erreichen wollte. Während er vor Amtsantritt als Präsident noch relativ realistisch den Beitritt der Ukraine zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum sah erklärte er danach 2010 die Ukraine als „blockfrei“ und zur Brücke zwischen Ost und West. Ein durchaus richtiger Ansatz, denn im Prinzip ist die Ukraine selbst groß und reich genug, um sich auch ohne Blockmitgliedschaft gut entwickeln zu können, wären da nicht die Hemmnisse durch geostrategische Interessen des Auslands. Er war schlau genug, einem NATO Beitritt Absage zu erteilen, denn er konnte Moskau in diesem Sinn richtig einschätzen. Sein Interesse an der EU waren vor allem persönliche Motive. Die EU hat seiner Regierung und ihm persönlich jedoch nie ein Angebot gemacht was ihn überzeugt hat. Entstanden sind daraus die, unter anderem von der EU

unterstützten, Maidan-Proteste gegen seine Regierung. Letztlich ist er als amtierender Staatspräsident außer Landes geflohen, was die Ukraine-Krise begründet hat. Leider ist die Ukraine damals nicht sich selbst überlassen, sondern sofort Gegenstand aller möglichen ausländischer Interessen geworden. Durchgesetzt in Sachen neuer Regierungsbildung haben sich eindeutig die USA die äußerst effektiv ihre „NeoCon“ definierten strategischen Interessen durchsetzen konnten. Die Geschichte wird das prägnante und entlarvende Weltbild von Frau Nuland zu den EU Verbündeten nicht so schnell vergessen, auch wenn sich bis heute größte Mühe gegeben wird, ihr Zitat möglichst vergessen zu machen.

„Fuck the EU“ kann, muss aber nicht als rein persönliche Meinung gelten! Auf jeden Fall ist es schon eine besondere Negativleistung mit drei Worten 28 Verbündete der USA gleichzeitig vorzuführen. Vor allem drückt es in Sachen US Diplomatie 2014 eine vollkommen unakzeptable Haltung aus bzw. bestätigt den Einfluss der „NeoCons“! Als für Europa und Eurasien von 2013 bis 2017 zuständige Unterabteilungsleiterin des US Außenministeriums kommt Frau Nuland eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung der Ukraine-Krise ab 2014 zu. In einem Spiegel-Artikel von 2015 wird sie auch als Krawall-Diplomatin der USA bezeichnet. Während der Trump-Jahre war sie zwar keine Amtsträgerin, sie hat jedoch Ihre „NeoCon“ – ideologische Gegnerschaft zu Russland, auch in Partnerschaft insbesondere mit Frau Albright und der US Rüstungsindustrie, ständig weiterentwickelt. Seit 2021 sitzt sie als Staatssekretärin wieder im Außenministerium und „Guess What“: Entsprechend der Überschrift einer ihrer Publikationen vom Juli/August 2020 im „Foreign Affairs“ Magazin arbeitet sie intensiv daran, den russischen Staatspräsidenten über die Ukraine-Krise „festzunageln“. Mit dem Ukraine Krieg haben sie und Ihre „NeoCon“ – Freunde es jetzt geschafft. Diese und die sie unterstützenden Menschen, egal ob „NeoCon“ oder nicht, haben, wenn auch anders, genauso Schuld auf sich geladen wie die Entscheidungsträger die in Russland den Angriff auf die Ukraine befohlen haben.

Worum geht es den „NeoCons“ in den USA dabei eigentlich überhaupt? Sicher

nicht um Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Die spielen natürlich auch immer irgendwie eine Rolle. Zumindest noch in Hollywood. Stünden sie tatsächlich noch im Vordergrund, dann könnte es gar nicht vorkommen, dass sich der US Präsident dem Gespräch mit seinem Kollegen aus Russland bisher verweigert. Den „NeoCons“ geht es um Dominanz der USA nach ihrem selbstgerechten Verständnis drüber, wie die Welt zu sein hat. Ohne viel Raum für Andersdenkende.

Worum geht es Russland? Russland geht es um „Basta“. Genug damit, sich vom Westen anschwärzen, in die Enge treiben und vor allem ehrabscheidend behandeln zu lassen. Für seine Zukunft und eine geordnete Nachfolgeregelung braucht Herr Putin innenpolitisch Erfolg. Der könnte besser sein, wenn da nicht die ständigen westlichen Anwürfe wären. Gefährliche Anwürfe, denn nach Herrn Putin wird es in Russland eher zu keinem guten „Regime-Change“ kommen, wie so mancher Optimist oder Naive hofft. Vielmehr sind nationalistische Hardliner zu erwarten, die bereit sind dem Westen echte Feindschaft zu zeigen. Da ist dann nicht mehr nur die Ukraine, sondern schnell der ganze Honigtopf Europa bis zum Atlantik in Portugal das Ziel. Die Beute wäre attraktiv und die USA werden dagegen nichts tun, denn das würde schnell den gegenseitigen nuklearen Schlagabtausch mit einem hohen Preis auch direkt in den USA bedeuten. Andererseits wird sich die Regierung in Moskau momentan noch schnell zufrieden geben, wenn der US Präsident bereit ist direkte Gespräche zu führen und Russland Raum und eine gute Rolle in der Weltpolitik zugesteht.

Die „NeoCons“ haben schon gewonnen, weil sie die Ukraine als Keil gegen eine mögliche engere Zusammenarbeit zwischen EU und Russland effektiv nutzen konnten. Die Spaltung von Russland und Westeuropa ist für die USA strategisch und wirtschaftlich von Wert. Die Weltmacht kann auf die EU als Partner nicht verzichten. Die USA werden wieder mehr Rüstungsgüter und neu auch mehr Energieträger in die EU verkaufen und sanieren damit vielleicht zum Teil ihre maroden Staatsfinanzen.

Die russische Führung hat gewonnen, weil sie zumindest aus eigener Sicht die „Ehre“ Russlands wiederhergestellt hat

und zur Abwechslung mal umgekehrt den Westen in Bedrängnis gebracht hat.

Für zumindest Teile der Ukraine können sich gut Chancen ergeben auch wenn diese mit Blut bezahlt sind.

Die größten Gewinner sind zweifelsohne China und alle Zweifler, Kritiker bzw. Feinde des Westens!

Verlierer sind jetzt schon alle Menschen im Sinne von Menschheit und besonders die Menschen in der Ukraine, Russland der EU, in Europa und auch den USA.

Zurück also zur Ausgangsfrage: Wie ist der Krieg möglichst schnell wieder zu beenden???

Der Präsident der Russischen Föderation hat dem Präsidenten der USA schon vor dem Krieg das direkte Gespräch angeboten. Der Präsident der USA sollte deshalb jetzt schnellstens seinerseits das direkte Gespräch suchen. Jeder einzelne sollte seine Entourage in die Schranken weisen und effektiv so kontrollieren, dass Spielchen spielen abgesagt ist und Perspektivwechsel dominiert! Beide zusammen sollten dann die notwendigen Garantien wie z.B. Rücknahme aller gegenseitigen Sanktionen, kein Tribunal, Moratorium der NATO Osterweiterung, neue Kooperation sowie Reziprok russische Garantien etc. vereinbaren, die einen Waffenstillstand möglich machen. Teil der Vereinbarung sollte ein neutraler Opferfonds sein aus dem ukrainische, russische und andere Opferfamilien paritätisch bedient werden und es sollte ein Ukraine-Wiederaufbaufonds geben alles finanziert durch die USA, die NATO, die EU, Großbritannien und Russland als diejenigen Länder durch die der Schaden entstanden ist. Die Zukunft der Ukraine inklusive der Ost-Ukraine und der Krim muss dann diplomatisch am Verhandlungstisch erfolgen.

Entscheidend ist es, das Töten und die Zerstörung sofort zu beenden! Das ist die echte historische Verantwortung in der Herr Biden und Herr Putin jetzt beide persönlich stehen und die sie sofort wahrnehmen und leben müssen! Ansonsten mögen sie und ihre Kriegstreiberentourage in der Hölle schmoren. Möge Gott jedem einzelnen vom Krieg betroffenen Menschen bei stehen! *Dirk P. Schneider*